

Grüne Behindertenpolitik: Unbehindert miteinander

>> **Nicht an den Rand:** in die Mitte. Dort sind Menschen mit Behinderung Teil der Gesellschaft. So sollen sie, so wollen sie gesehen werden, vom Kindergarten bis zur Berufstätigkeit. Eine Einführung von **Bärbl Mielich**.

>> **Nicht aussortieren:** Das vielgliedrige Schulsystem trennt, was zusammengehört. Ob behindert oder nicht: Kinder lernen voneinander, wenn man sie lässt. Noch stemmt sich Kultusminister Rau gegen zu viel Veränderung, aber die Dämme bröseln. Jedes Kind mitnehmen, fordert Bildungsexpertin **Renate Rastätter**.

>> **Nicht auf die Einbahnstraße:** Es gibt mehr als Sonderschulen und spezielle Werkstätten. Trotz vieler Ängste, auch der Eltern, oder Widerstände – Integration geht weiter als man denkt. Teilhabe am Arbeitsmarkt ist machbar, Herr Nachbar. Von **Ingeborg Höhne-Mack**.

>> **Nicht nur Vorteile:** die Verwaltungsreform hat viele Gesichter. Zwar wird der (behinderte) Mensch erkennbar für die Behörde, aber von Kreis zu Kreis unterschiedlich behandelt. Vielfalt contra Gleichheit? Problemaufriss von **Lothar Bauer**.

>> **Nicht immer sichtbar:** Barrieren im Netz. Das Web bringt Menschen mit Behinderung die Welt ins Haus, aber oft noch mit vielen Hindernissen. Die gilt es zu beseitigen, notfalls mit gesetzlichen Vorgaben. So sehen das **Simon Ding** und **Christian Brugger**.

Liebe Freundinnen und Freunde,

der in Heilbronn neu gewählte Landesvorstand hat sich konstituiert und geht voller Tatendrang in die neue Amtszeit. Mit guten Konzepten und guten Personen wollen wir überzeugen. Denn Baden-Württemberg braucht starke Grüne – auch und gerade im Hinblick auf das Superwahljahr 2009.

Starke Grüne heißt:

Ja zur Neuausrichtung der Klimapolitik und ja zu einem besseren Klimaschutz im Land. Auch wenn das neue Wärmegesetz ein Schritt in die richtige Richtung ist, gilt: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wir brauchen ein umfassendes Klimaschutz-Paket, das die drei E – mehr Energieeffizienz, Energieeinsparung und erneuerbare Energien – umsetzt und Maßnahmen aus den klimapolitisch relevanten Bereichen Strom, Wärme und Verkehr umfasst.

Ja zu einem gerechten und leistungsfähigen Bildungssystem und einer Schule, die die Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt stellt. Nein zum dreigliedrigen Schulsystem, das mit früher Auslese und Aufteilung auf unterschiedliche Schularten soziale Schief lagen zementiert. Das Land muss endlich die Weichen auf Zukunft stellen. >>



>> Wiedergewählt: Die Landesvorsitzenden Daniel Mouratidis und Petra Selg sowie der Landesschatzmeister Harald Dolderer

Die grüne Zukunft sieht so aus: Mehr gemeinsames Lernen und individuelle Förderung statt Selektion. Mehr Selbstständigkeit und Verantwortung für die einzelnen Schulen statt zentraler Bürokratie von oben.

Ja zu einer echten Verkehrswende und einer ökologisch verantwortlichen Verkehrspolitik. Nein zum Milliardengrab Stuttgart 21 und zu Mittel-Kürzungen im öffentlichen Nah- und Regionalverkehr.

Ja zu einer sicheren Energieversorgung und zu mehr erneuerbaren Energien. Nein zu einem Ausstieg aus dem Atomausstieg. Keine längeren Laufzeiten für die Dinosauriertechnologie Atomkraft – das AKW Neckarwestheim muss wie geplant 2009 stillgelegt werden.

Ja zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Mann und Frau. Nein zur bloßen Kinderland-Rhetorik und zu Oettingers Eintreten für ein Betreuungsgeld. Wir brauchen im Land endlich ein ausreichendes und bedarfsgerechtes Angebot an Krippenplätzen, das für alle Familien bezahlbar ist.

Der geschäftsführende Landesvorstand hat sich für die nächsten beiden Jahre zwei Kernprojekte vorgenommen. Das Thema Gerechtigkeit wollen wir in all seinen Facetten bearbeiten: Bildungsgerechtigkeit soll dabei eben-

so eine zentrale Rolle spielen wie der demografische Wandel und die Generationengerechtigkeit oder auch die Integration von MigrantInnen sowie die Teilhabe an Gesellschaft und Arbeit. Unser zweites Kernprojekt wird das "Lebensgefühl Grün" sein. Wir wollen Mobilität, Nahrungsmittel, die Energieversorgung sowie Technologien unter dem ökologischen Blickwinkel auf den Prüfstand stellen und aufzeigen, wie Ökologie und Ökonomie miteinander in Einklang zu bringen sind. Wir wollen das Lebensgefühl Grün aber auch nach außen tragen, um neue Mitglieder – auch in Hinblick auf die Kommunalwahl 2009 – zu werben.

Selbstverständlich haben wir das Superwahljahr 2009 mit Kommunal-, Europa- und Bundestagswahlen schon fest im Blick. Die Planungen für die Kommunalwahlen sind bereits in vollem Gange. Wir werden die Chance nutzen, Städte und Gemeinden im Land ökologischer, sozialer und bürgerfreundlicher zu gestalten, denn unsere Ideen sind längst mehrheitsfähig. In fast allen Kommunalparlamenten kämpfen seit Jahren kompetente und erfahrene PolitikerInnen für die Umsetzung grüner Konzepte. Ihre Impulse sorgen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung, eine ökologische Verkehrspolitik, für einen besseren Klimaschutz und solide kommunale Finanzen sowie für starke regionale

Wirtschaftskreisläufe, die Arbeitsplätze vor Ort sichern und neue schaffen.

Wir Grüne sind und bleiben der Motor für ökologische, gerechte und weltoffene Kommunen im Land. Unser Ziel sind 1300 kommunale Mandate plus X bei den Kommunalwahlen 2009: GRÜN wird weiter wachsen.

Doch eine noch so gute Planung ist nichts ohne Euch vor Ort. Um erfolgreich zu sein, brauchen wir Eure tatkräftige Unterstützung, Euer Know-How und Eure Kreativität. Wir kommen gerne zu Euren Veranstaltungen und Kreismitgliederversammlungen. Außerdem wollen wir Bewährtes und Erfolgreiches – wie die Kreisvorständetreffen oder die Regionalkonferenzen – weiterentwickeln. Ebenso ist es uns ein großes Anliegen, die Landesarbeitsgemeinschaften, die im letzten Jahr hervorragende Arbeit geleistet haben, weiter zu stärken. Auch hier gilt: Macht mit!

Wir freuen uns auf zwei spannende, arbeitsintensive Jahre mit Euch. Lasst sie uns gemeinsam gestalten und 2009 zu einem erfolgreichen Wahljahr für uns Grüne machen.

Herzlichst, Eure

Petra Selg *Daniel Mouratidis*

>> Petra Selg und Daniel Mouratidis, Landesvorsitzende



>> Dem in Heilbronn für die nächsten beiden Jahre neu gewählten Parteirat gehören an: Theresia Bauer (KV Heidelberg), Sylvia Kottling-Uhl (KV Karlsruhe), Silke Krebs (KV Freiburg), Andrea Lindlohr (KV Stuttgart), Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen), Heide Rühle (KV Böblingen), Brigitte Schmid (KV Alb-Donau), Alex Bonde (KV Ortenau), Max Burger-Heidger (KV Rottweil), Winfried Kretschmann (KV Esslingen), Christian Kühn (KV Tübingen), Henning Schürig (KV Stuttgart), Hans-Ulrich Sckerl (KV Neckar-Bergstraße).

Menschen mit Behinderungen in die Mitte der Gesellschaft

Was heißt das: In die Mitte der Gesellschaft? Es bedeutet, dass wir Grüne eine Behindertenpolitik gemeinsam mit Menschen mit Behinderungen machen. Wir wollen sie beteiligen, sie mitbestimmen lassen und die Strukturen schaffen, die Beteiligung ermöglichen und fördern. Wir wollen eine Politik, die Menschen mit Behinderungen nicht automatisch in großen stationären Einrichtungen verschwinden oder einen Tagesablauf erleben lässt, der außerhalb ihres sozialen Umfelds und ausschließlich in einer beschützten Werkstatt stattfindet.

Wir müssen von Anfang an ein gemeinsames soziales Umfeld schaffen für Menschen mit und ohne Behinderungen. Wir wollen eine Frühförderung in Kindergärten, die für alle Kinder offen sind. In denen Kinder mit Behinderungen besondere Unterstützung bekommen und gleichzeitig ihren Alltag mit allen Kindern gemeinsam erleben. Der Frühförderung im Kindergarten schließt sich der gemeinsame Unterricht an. Auch für Kinder mit geistiger Behinderung kann es durchaus gewinnbringend sein, immer wieder am gemeinsamen Unterricht teilzunehmen. Natürlich braucht es auch hier eine besondere Förderung mit dem Ziel, soviel Eigenständigkeit wie möglich für die Bewältigung des Lebensalltags zu erreichen. Aber es geht. Auch in Baden-Württemberg gibt es positive Beispiele gemeinsamen Lernens, leider sind sie die Ausnahme. Grüne kämpfen seit Jahren für integrative Schulen für alle Kinder, in der gemeinsamer Unterricht die Regel ist.

Der nächste Schritt ist die Berufsausbildung und die Berufstätigkeit. Warum

sollen Menschen mit Behinderungen nur in beschützten Werkstätten arbeiten? Integrationsbetriebe in Baden-Württemberg, vor allem im Dienstleistungsbereich, arbeiten zunehmend auch betriebswirtschaftlich erfolgreich. Job-Coaching ist ein weiterer Ansatz, um Praktika und Ausbildungsmodulare in Betrieben zu begleiten, mit dem Ziel, dass Menschen mit Behinderungen auch auf dem ersten Arbeitsmarkt Arbeit finden können.



Im neuen Jahr wird es das Instrument des persönlichen Budgets geben. Damit hat jeder Mensch mit Behinderung die Möglichkeit, sich seine Hilfeleistungen passgenau und individuell einzukaufen. Das ist vor allem für Jugendliche und Erwachsene, die selbstständig wohnen wollen, eine wichtige Unterstützung. Wir haben die Einführung unterstützt, weil es ein wichtiger Schritt hin zu mehr Selbstständigkeit und Eigenverantwortung ist. Doch auch hier hapert es in der Praxis: Die Kommunen müssen die Umsetzung dieser neuen Leistungsgewährung planen, damit diejenigen, die das persönliche Budget in Anspruch nehmen wollen, auch wissen, was und zu welchem Preis sie wo einkaufen können. Unabhängige Beratungsstellen sind dafür unabdingbar.

Auch beim Wohnen setzen wir mit unseren Eckpunkten für ein neues Einrichtungs- und Dienstrecht auf Selbstbestimmung, indem wir ein Bündel an Unterstützungsmaßnahmen vorschlagen. Dazu gehört etwa das Schaffen kleiner Wohneinheiten mitten in der Gesellschaft.

Seit der Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände 2005 ist die Leistungsgewährung und Beratung für Menschen mit Behinderungen Aufgabe der Stadt- und Landkreise. Doch dieses auf den ersten Blick positive Signal, nämlich Gestaltungsspielraum vor Ort zu haben, entpuppt sich jetzt als Sparfalle, die immer dann zuschnappt, wenn individuelle Lösungen gefunden und umgesetzt werden sollen. Das Maß an Engagement ist zunehmend abhängig von politischen Mehrheiten vor Ort. Auf Landesebene haben wir nach den Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Eingliederungshilfe gefragt. Die Antwort der Landesregierung hat deutlich gezeigt, dass durch die Kommunalisierung die Eingliederungshilfe auf keinen Fall billiger wird. Die Kosten werden auch hier steigen. Und noch eines hat die Antwort gezeigt: Es fehlen Standards, die für alle Menschen mit Behinderungen gelten. Wir wollen gleiche Bedingungen überall im Land, denn nur wenn deutlich ist, dass ein Mensch mit Behinderung, egal wo er lebt, ein Grundrecht auf passgenaue Förderung hat, kommen wir unserem Ziel näher: Alle Menschen in die Mitte der Gesellschaft.

>> Bärbl Mielich, gesundheitspolitische Sprecherin der Grünen im Landtag

Basisschule – alle gehören dazu!

Wir Grüne fordern die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems. Dabei haben wir ein viergliedriges Schulsystem. Durch die Sonderschulpflicht werden behinderte Kinder je nach Art ihrer Behinderung in neun verschiedene Sonderschularten sortiert. Auch die Grundschule, die wir immer als "Schule für alle" bezeichnen, ist deshalb nur "eine Schule für fast alle Kinder". Kinder mit geistiger oder körperlicher Behinderung kommen in der Regel direkt aus dem Kindergarten in die Sonderschule. Dagegen werden Kinder mit Lernproblemen, meist sprachlicher Art, oder deutlichen Verhaltensauffälligkeiten üblicherweise in den ersten beiden Grundschuljahren in die Förderschule für Lernbehinderte oder die Schule für Erziehungshilfe aussortiert.



In den meisten Fällen handelt es sich um Kinder mit Migrationshintergrund. Ihre Quote beträgt weit über 50 Prozent an den Förderschulen. Zu Recht wird unser Bildungssystem deshalb für die Ausgrenzung behinderter und besonders förderbedürftiger Kinder durch Sonderschulen öffentlich an den Pranger gestellt, wie zuletzt durch die Vereinten Nationen.

Wir Grünen stehen für Inklusion. Wir wollen, dass alle Kinder gemeinsam miteinander und voneinander lernen können. Das Grundprinzip unserer grünen Basisschule ist: Nicht das jeweilige Kind muss zur Schule passen, sondern die Schule muss für alle

Kinder passen. Jedes Kind gehört dazu und hat einen Anspruch auf individuelle und differenzierte Förderung. In Baden-Württemberg wurde im Jahr 1997 aufgrund von positiven Erfahrungen aus fünf Schulversuchen mit integrativem Unterricht das Schulgesetz geändert. Leider wurde – entgegen unseren Gesetzesvorschlägen – kein Rechtsanspruch auf Integration festgeschrieben. Das Schulgesetz erlaubt nur, dass Kinder mit Behinderungen, die dem jeweiligen Bildungsgang folgen können, mit sonderpädagogischer Unterstützung die Regelschulen besuchen können, wenn die notwendigen pädagogischen und finanziellen Ressourcen zur Verfügung stehen und wenn alle Gremien der Schule damit einverstanden sind. Für Kinder, die dem Bildungsgang nicht folgen können, gibt es nur die Möglichkeit der Bildung von "Außenklassen" von Sonderschulen an Regelschulen, die dann mit einer Partnerklasse kooperieren. Davon gibt es rund 300 im Land. Nur wenn der Druck der Eltern sehr groß ist, wird in Einzelfällen, insgesamt rund 25, ein so genanntes "Integratives Schulentwicklungsprojekt" zugelassen. Auch beim gemeinsamen Unterricht schlägt die soziale Selektivität extrem zu Buche. Sozial benachteiligte Kinder mit Behinderungen sind in der Regel ausgeschlossen, weil ihre Eltern nicht in der Lage sind, eine integrative Maßnahme zu beantragen, geschweige denn mit Hartnäckigkeit zu erkämpfen.

Die Landtagsgrünen werden das Thema "Inklusion" erneut mit einer Gesetzesinitiative aufgreifen. Vordringlich sind dabei drei Ziele: Erstens die Umwandlung der Sonderschulen in sonderpädagogische Kompetenzzentren. Sie fördern die Integration und sind für die Diagnose, Beratung und Unterstützung der behinderten Schülerinnen und Schüler zuständig. Zweitens der Rechtsanspruch auf Integration bei vorliegendem Elternwunsch und drittens die Möglichkeit der ziel-

differenten Integration (Lernen auf unterschiedlichen Niveaus mit unterschiedlichen Abschlüssen). Wir brauchen endlich einen Durchbruch in Richtung Inklusion, auch in Baden-Württemberg.

>> Renate Rastätter,
schulpolitische Sprecherin der Grünen im Landtag

Teilhabe am Arbeitsmarkt: Wege aus der Einbahnstraße

Will man das gesetzlich verbürgte Recht auf Teilhabe für Menschen mit Behinderung umsetzen, steht die Realisierung des Wunsch- und Wahlrechts in allen Lebensbereichen an erster Stelle. Für Menschen mit schweren körperlichen oder psychischen Einschränkungen, mit so genannter geistiger Behinderung oder mit Mehrfachbehinderungen bedeutet dies vor allem, aus der Einbahnstraße Sonderschule – Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM) ausbrechen und eine individuelle Entscheidung über den weiteren Lebensweg treffen zu können – etwa mit dem Ziel einer Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt. Dabei müssen viele Hürden überwunden werden: die Skepsis von Betriebsleitungen sowie die relative Unwissenheit der meisten KollegInnen am künftigen Arbeitsplatz; die Ängste der Eltern, ob dieser Weg die Betroffenen nicht überfordert; schließlich die Schaffung der notwendigen Voraussetzungen bei den jungen Frauen und Männern mit Behinderung.

Die "Vorbereitung auf das Leben nach der Schule" spielt eine ganz zentrale Rolle. Es geht darum, wie und ob in den Sonderschulen – und im Elternhaus – auf eine möglichst weitgehende

Verselbstständigung hingearbeitet wird: auf Mobilität, Kommunikation, angemessene Umgangsformen und das notwendige Durchhaltevermögen. Der Erwerb dieser Qualifikationen ist ebenso entscheidend wie Eignung und Neigung der Betroffenen. Trotzdem brauchen viele, die den Weg einer Beschäftigung außerhalb der WfbM wählen möchten, eine Assistenz an ihrem Arbeitsplatz. Hier können Job Coaches (Arbeitsbegleiter) die notwendige Unterstützung im Betrieb sicherstellen, das heißt, die Jugendlichen oder jungen Erwachsenen anleiten beim Erlernen der jeweiligen Vorrichtungen und Arbeitsschritte, bei Konflikten vermitteln und sie betrieblich weiter qualifizieren.



Ein abgestuftes System der Erprobung ist dabei gerade für Menschen mit Lernschwierigkeiten unabdingbar. Nur über mehrere Praktika, über die konkrete Tätigkeit vor Ort, können sie erfahren, wofür sie wirklich geeignet sind. Ist dieser Prozess abgeschlossen, stellt sich die Frage, ob aus dem Praktikumsplatz auch ein Arbeitsplatz werden kann. Die Beratung und Ermutigung von Betrieben ist dabei eine wesentliche Voraussetzung, die in Baden-Württemberg seit etwa zehn Jahren durch die Integrationsfachdienste übernommen wird. Entscheidend ist weiter, die Arbeitsgeber über die finanziellen Möglichkeiten aufzuklären. Teilhabe am Arbeitsleben wird finanziert über ein- bis zweijährige Eingliederungszuschüsse der Agentur für Arbeit von 30 bis 50 Prozent; zur Zeit gibt es über das Job 4000-Programm der Bundesregierung zusätzliche Inte-

grationspauschalen für Betriebe. Gibt es keine anderen Fördermittel, greifen subsidiär Mittel aus der Ausgleichsabgabe, um den Minderleistungsausgleich zu finanzieren. Da diese Zuschüsse häufig unsicher sind und sich immer wieder verändern, wird die Bereitschaft von Betrieben, Menschen mit Behinderung einzustellen, nicht gerade gestärkt.

Neben der Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt gibt es Integrationsfirmen, quasi also einen zweiten Arbeitsmarkt, auf dem Menschen mit Behinderung unterkommen. Dabei arbeiten sie zum überwiegenden Teil im Dienstleistungsbereich. Bekannt geworden sind die CAP-Märkte als Teil des Einzelhandels. Ein weiterer Schwerpunkt findet sich in der Gastronomie, in Cafés und Gaststätten. Die behinderten Beschäftigten arbeiten dabei meist auf "Außenarbeitsplätzen" der Werkstätten – man kann also nicht wirklich von einer üblichen Entlohnung ihrer Arbeit sprechen. Der Vorteil liegt aber in der Wahlfreiheit und dem Gewinn an sozialen Kontakten.

>> Ingeborg Höhne-Mack,
Vorsitzende der Lebenshilfe Tübingen

Verwaltungsreform: Chancen und Risiken für die Behindertenhilfe

Mit der Verwaltungsreform wurden die beiden Landeswohlfahrtsverbände Baden und Württemberg aufgelöst und deren Aufgaben wurden fast komplett an die 35 Landkreise und neun Stadtkreise übertragen. Das heißt: Die Kreise entscheiden jetzt direkt über die Eingliederungshilfe, aus der unter anderem Einrichtungen und Dienste

für Menschen mit Behinderungen finanziert werden.

Durch die Verwaltungsstrukturreform sind Voraussetzungen geschaffen, dass im Feld der Eingliederungshilfe für alle Beteiligten deutliche Vorteile entstehen können. Entscheidend dafür ist aber, dass Kommunen und Landkreise ihre Bürgerinnen und Bürger mit Behinderung nicht zuerst als Budget- und Kostenfaktor sehen, sondern aktiv Verantwortung dafür übernehmen, zeitgemäße und angemessene Lebensbedingungen für diesen Personenkreis zu schaffen. Von Vorteil für die Betroffenen ist, dass durch die direkte Zuständigkeit der Landkreise ihre Wege bei der Beantragung von Leistungen kürzer und überschaubarer werden. Der Mensch mit Behinderung wird dem zuständigen Sachbearbeiter/der Sachbearbeiterin nicht mehr nur per Akte und als Kostenfaktor, sondern als Mensch mit Lebensgeschichte und Umfeld erkennbar. Die neue Zuständigkeit für die Eingliederungshilfe bietet den Landkreisen die Möglichkeit, zu einem differenzierten und bürgernäheren Hilfesystem zu kommen. Offene, ambulante und stationäre Angebote liegen nun gemeinsam in ihrer Verantwortung und können z.B. in einer Kreisbehindertenplanung zusammenhängend konzipiert werden. In Metzingen etwa konnte die BruderhausDiakonie exemplarisch eine kleine wohnortnahe Einrichtung für Menschen mit Behinderung schaffen. Durch Vereinbarung mit dem Landkreis war es möglich, hier eine Struktur zu finden, die weitestgehend allen örtlichen Bedarfen gerecht werden kann. Der Landkreis Reutlingen und die BruderhausDiakonie haben ein Ambulantisierungsprojekt aufgelegt, in dessen Folge 30 Menschen aus einer stationären in eine ambulante, selbstbestimmtere Wohnform wechseln konnten. Dass durch die Ambulantisierung die Hilfe billiger wird, ist für den Einzelfall zutreffend. In der Vergangenheit sind jedoch viele Betroffene und ihre Fami-

lien ohne Hilfe geblieben, obwohl sie diese dringend benötigt hätten. Eine modernisierte Hilfsstruktur kann einer größeren Zahl von Personen gerecht werden.



Die größte Problematik der Reform ist darin zu sehen, dass die Lebensbedingungen für Menschen mit Behinderung sich in den verschiedenen Landkreisen unterschiedlich entwickeln können.

Daher fordert die Liga der freien Wohlfahrtspflege mehr überregionale Rahmenplanung und Koordinierung für die Eingliederungshilfe. Über die Anpassung des Landesrahmenvertrages wird derzeit verhandelt. Für einheitliche Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderung ist es wichtig, dass dieser Vertrag bald zum Abschluss kommt. An zahlreichen Stellen entstehen landkreisbezogene Lösungen, z.B. für das ambulant betreute Wohnen und andere Hilfsformen. Einerseits kann die Vielfalt der Entwicklungen befruchtend sein, andererseits sollten auch Menschen mit Behinderung und ihre Familien eine angemessene Gleichheit der Lebensbedingungen im ganzen Land vorfinden.

>> Pfarrer Lothar Bauer,
Vorstandsvorsitzender BruderhausDiakonie.
Stiftung Gustav Werner und Haus am Berg

Barrierefreiheit im Internet

Barrierefreiheit? Da denken wir an Rollstuhlrampen und akustische Ampeln. Allerdings erfordert die Etablierung des Internets neue Maßstäbe für eine barrierefreie Gesellschaft. Denn auch das Netz birgt viele Barrieren.

Ob ein Mensch in der Lage ist, das Internet zu nutzen, entscheidet nicht unwesentlich über seine Entfaltungsmöglichkeiten und Entwicklungsmöglichkeiten. Menschen mit Behinderung können über das Internet Herausforderungen des Alltags selbständiger bewältigen und damit ihre eingeschränkte Mobilität zumindest teilweise kompensieren, etwa bei Behördengängen. Darüber hinaus ermöglicht das Internet, in nie dagewesenem Umfang mit anderen Menschen in Kontakt zu treten und sich aus der eigenen räumlichen und menschlichen Isolation zu lösen. Behinderungen sind hier nicht offen sichtbar, Vorurteile und Hemmnisse treten in den Hintergrund.

Viele Menschen mit Behinderungen sind darauf angewiesen, mit Hilfe von Vergrößerungen, Braillezeilen, Vorleseprogrammen und einer einfach gehaltenen Navigation Zugang zu diesen Inhalten zu bekommen. Durch unübersichtliche Darstellung und "unsaubere" Programmierung kann ihnen das aber erschwert oder gar unmöglich gemacht werden.

Bereits 2002 hat die rot-grüne Bundesregierung mit dem Gesetz zur Gleichstellung behinderter Menschen die Bundesbehörden verpflichtet, elektronische Angebote barrierefrei zu gestalten. Menschen mit Behinderungen müssen ohne fremde Hilfe Zugang zu allen Angeboten haben und diese auch uneingeschränkt nutzen können. Das Land Baden-Württemberg hat im Jahr 2005 ein entsprechendes Gesetz für die Landesbehörden und Gemeinden beschlossen.

Private und kommerzielle Internetanbieter und Homepagebetreiber werden von diesen Vorschriften allerdings nicht berührt. Aus Zeit- und Kostengründen, hauptsächlich aber aufgrund mangelnden Problembewusstseins und fehlender Sachkenntnis sind ein Großteil dieser Angebote wenig für die Benutzung durch Menschen mit Behinderungen geeignet.

Zahlreiche deutsche Unternehmen haben zwar bereits eine freiwillige Zielvereinbarung zur Barrierefreiheit unterschrieben, die große Masse der deutschen Internetseiten ist davon aber nicht erfasst. In der Schweiz und in Österreich sind hingegen sämtliche Homepagebetreiber gesetzlich zur Barrierefreiheit verpflichtet. Nur dadurch kann letztendlich flächendeckend die Teilhabe aller Menschen am Internet gewährleistet werden.



Es gilt aber gerade auch vor Ort, bei der Gestaltung der eigenen grünen Homepage auf Barrierefreiheit zu achten. Inhalte müssen auch in reiner Textform ohne Bilder darstellbar und damit von elektronischen "Vorleseprogrammen" erfassbar sein, Schriftgrößen müssen veränderbar sein, und die Navigation muss einfach und übersichtlich bleiben. Wird die Homepage mit einem Content-Management-System betrieben, kann man sich bei seinem Anbieter über die Behindertenfreundlichkeit des Systems erkundigen. Gerade hier gibt es ganz erhebliche Unterschiede zwischen den einzelnen Plattformen.

Wir müssen ein Problembewusstsein für Barrierefreiheit im Internet und letztlich auch weitreichendere gesetzliche Vorgaben schaffen.

>> Simon Ding, KV Odenwald-Kraichgau
Christian Brugger, KV Tübingen

Die BAG Behindertenpolitik stellt sich vor

Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die nahezu alle Bereiche des täglichen Lebens umfasst – sei es nun die Bildungspolitik, die Gesundheitspolitik oder aber Bauen und Wohnen.



Wir Grüne sind die einzige der "etablierten" Parteien, die sich seit ihrer Gründung in einer eigenen Arbeitsgemeinschaft mit den Problemen behinderter Menschen beschäftigt. In einigen Landesverbänden gibt es auch entsprechende Landesarbeitsgemeinschaften. So beschäftigten wir uns in den letzten Jahren u.a. mit dem Antidiskriminierungsgesetz, mit der Fortentwicklung der Pflegeversicherung und mit dem "neuen" Sozialgesetzbuch IX, an dessen Erstellung einige Mitglieder der BAG aktiv mitgearbeitet haben.

Meist treffen wir uns in Kassel, wo sich viele Verbände der unabhängigen Behindertenorganisationen befinden, oder aber in Berlin, um den direkten Draht zu den Abgeordneten zu haben.

Wer mehr über unsere Arbeit wissen möchte, kann sich gerne mit mir in Verbindung setzen:

maxbleif@t-online.de

>> Max Bleif, KV Ludwigsburg

>> kurz und grün

Grüne Palme für mehr Klimaschutz im schwarzen Land

Die grünen Landesvorsitzenden Petra Selg und Daniel Mouratidis haben Ministerpräsident Oettinger als Signal für eine konsequentere Klimapolitik eine Palme für den Garten des Staatsministeriums geschenkt. "Die Palme soll Herrn Oettinger täglich an die Folgen der Erderwärmung erinnern – denn eine solche Pflanze hätte noch vor einigen Jahrzehnten in unseren Breitengraden nicht überlebt. Eine Neuausrichtung der Klimapolitik des Landes ist dringend notwendig", sagten Petra Selg und Daniel Mouratidis. Ihre Forderung nach einem Kurswechsel unterstrichen die grünen Landeschefs mit einem "Zehn-Punkte-Papier für einen besseren Klimaschutz in Baden-Württemberg", das sie Oettinger überreichten.



Starkes Signal gegen Stuttgart 21

67.000 StuttgarterInnen haben mit ihrer Unterschrift beim Bürgerbegehren gezeigt, dass sie endlich zu Stuttgart 21 gefragt werden wollen. Wir Stuttgarter Grünen freuen uns gemeinsam mit unseren Bündnispartnern über diese großartige Bürgerbeteiligung – 20.000 Unterschriften wären nur notwendig gewesen. Falls OB Schuster & Co. nicht doch noch auf eine Verschleppung durch einen langwierigen Rechtsstreit mit uns setzen,

wird der Bürgerentscheid über die weitere Beteiligung der Stadt an Stuttgart 21 im Frühjahr 2008 kommen.

Dann setzen wir auf die Kraft der Argumente, das weitere Engagement der BürgerInnen und auf eine breite grüne Unterstützung aus dem ganzen Land!

Salomon neuer Chef der kommunalen Arbeitgeber im Land

Der Kommunale Arbeitgeberverband Baden-Württemberg (KAV) hat den Freiburger OB Dieter Salomon zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Klaus-Peter Murawski, grüner Stuttgarter Bürgermeister für Verwaltung und Krankenhäuser, wurde für weitere vier Jahre als Vorstandsmitglied bestätigt. Im KAV, der über 700 Mitglieder zählt, haben sich kommunale Arbeitgeber zur besseren Vertretung ihrer tarifpolitischen Belange zusammenschlossen.

Politikmanagement à la carte

Die Heinrich Böll Stiftung Baden-Württemberg bietet auch 2008 wieder Seminare "à la carte" aus der Reihe Politikmanagement und aus der Reihe Kommunalpolitik. Diese "Baukasten-Elemente" könnt ihr zu Euch vor Ort bestellen und beliebig kombinieren:

- > Zielgerichtet moderieren
- > Erfolgreiches Veranstaltungsdesign
- > Erfolgsfaktor Öffentlichkeitsarbeit
- > Kampagnenmanagement – Taktik, Tools und Strategien
- > Konfliktmanagement – cool bleiben, wenn es heiß wird
- > Soll ich oder soll ich nicht? – Zur Kandidatur für ein politisches Mandat
- > Den demografischen Wandel in den Kommunen gestalten.

Infos: www.boell-bw.de

>> Termine

16. Januar 2008

Mehr ÖPNV für's gleiche Geld,
Tagesseminar, 10:30 Uhr bis 15:30 Uhr,
Stuttgart, Landtag.
Infos: www.gar-bw.de

19. Januar 2008

Neujahresempfang der Grünen Jugend
Baden-Württemberg in
Karlsruhe: Infos: www.gjbw.de

26. Januar 2008

Biomasse-Kongress
von Bündnis 90/Die Grünen
Baden-Württemberg,
Stuttgart, Café Merlin.
Infos: www.gruene-bw.de

26. Januar 2008

Treffen der grünen Regionalverbands-
fraktionen,
10:30 Uhr bis 14:30 Uhr,
Stuttgart, Landtag.
Infos: www.gar-bw.de

6. Februar 2008

Politischer Aschermittwoch
mit Renate Künast u.a., Biberach/Riß,
Stadthalle.
Infos: www.gruene-bw.de

16. Februar 2008

GAR-Jahreshauptversammlung
mit Vorstandswahlen, 16:00 Uhr,
Stuttgart, Landtag.
Infos: www.gar-bw.de

Das neue Redaktions-Team



Als Redakteurinnen und Redakteure der Grünen Blätter wählte der Landesparteitag in Heilbronn: Dr. Silke Argo (KV Heidelberg), Philip Eberhardt (KV Reutlingen), Thomas Hornung (KV Karlsruhe-Land), Nele Schönau (KV Tübingen), Wolfgang Schreiner (KV Esslingen) und Eva Maria Vögtle (KV Konstanz).

Außerdem mit im Team: Für die Landesgeschäftsstelle Tilo Berner (KV Stuttgart), für den Landesvorstand Andrea Lindlohr (KV Stuttgart) und für die Landtagsfraktion Wolfgang Schmitt (KV Stuttgart).

>> Impressum

Herausgeber Bündnis 90/DIE GRÜNEN Baden-Württemberg
Forststr. 93 Tel (0711) 99 35 90
70176 Stuttgart Fax (0711) 99 35 999
www.gruene-bw.de landesverband@gruene-bw.de

Redaktion Dr. Silke Argo, Tilo Berner, Philip Eberhardt, Thomas Hornung, Andrea Lindlohr,
Wolfgang Schmitt, Nele Schönau, Wolfgang Schreiner, Eva Maria Vögtle

Layout & Satz Katrin Ströbel
Druck Oktoberdruck AG, Berlin (Auflage 6.500 Stück)